

Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Bericht über die 46. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee vom 22. April 2016

Am 22. April 2016 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (PKB) in der Zürcher Hochschule der Künste zur halbjährlichen Konferenz. Unter der Leitung der Kantonsratspräsidentin von Zürich (Theresia Weber-Gachnang) nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg sowie der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau, Zürich und des Fürstentums Liechtenstein teil. Im Zentrum der Tagung stand die Berichterstattung aus der «Internationalen Bodensee Konferenz (IBK)» zu deren strategischen Neuausrichtung. Die PKB beschloss in diesem Zusammenhang, eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche klären soll, wie sich die PKB im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der IBK positionieren könnte. Ferner beschäftigten sich die Tagungsteilnehmenden mit den Fischereierträgen aus dem Bodensee sowie mit der einheitlichen Funkfrequenz für die Schifffahrt auf dem Bodensee und nahmen den Bericht aus dem «Internationalen Städtebund Bodensee (ISB)» zur Kenntnis.

Regierungspräsident Ernst Stocker, Kanton Zürich, berichtete über den Besuch der IBK in Brüssel, der am 25. Januar 2016 stattgefunden hatte. Ziel der IBK-Reise war es, sich erstmalig gemeinsam auf europäischer Ebene zu präsentieren und besondere Anliegen der Bodenseeregion darzustellen. Die Bodenseeregion ist einer der leistungsfähigsten Wirtschaftsräume in Europa und weist überdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Die Anrainerländer rangieren mit ihrem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im europäischen Vergleich auf Spitzenplätzen. Die Grenzgänger tragen entscheidend zum Wohlstand der Region bei. Für die Bodenseeregion ist daher eine vernünftige und praktikable Lösung zwischen der EU und der Schweiz bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative unabdingbar, um die Prosperität der Region nicht zu gefährden. Ein wesentlicher Teil der Gespräche bildete die Vermittlung von Modellbeispielen der wirtschaftlichen und wissensorientierten Verflechtung am Bodensee. Die Delegation konnte in Brüssel mit führenden Vertretern des Europäischen Auswärtigen Dienstes sowie der EU-Kommission sprechen.

Staatsschreiber Beat Husi, Kanton Zürich, lieferte einen «Werkstattbericht» zum Strategieverfahren der IBK. Die IBK-Regierungschefkonferenz hatte am 10. Dezember 2015 die Erarbeitung einer neuen Strategie in Auftrag gegeben. Diese soll das in die Jahre gekommene Leitbild mittelfristig ablösen. Mit der Strategie sollen die Strukturen, die Verfahren und die inhaltliche Ausrichtung der IBK weiterentwickelt werden. Für das Verfahren ist u.a. folgender Eckwert festgelegt worden: Die wichtigsten Interessengruppen der internationalen Bodenseeregion sind künftig vermehrt zur Gestaltung der IBK-Tätigkeit beizuziehen. Dieser Einbezug gilt auch für das Strategieverfahren an sich. Die PKB beschloss daher, eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Parlamente einzusetzen, die sich mit der Positionierung der PKB im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der IBK auseinandersetzen soll. Die PKB bezweckt damit, nicht die Entscheidungen der Regierungschefkonferenz abzuwarten, sondern parlamentsseitig eine eigene Auslegeordnung vorzunehmen. Die Arbeitsgruppe soll Vorschläge ausarbeiten, mit welchen Themen sich die Konferenz beschäftigen soll, wie sie sich künftig organisiert und welches Verhältnis sie zur IBK pflegt. Seitens des Kantons St.Gallen nimmt Kantonsrat Josef Kofler Einsitz in die Arbeitsgruppe.

Die einheitliche Ortungsfrequenz für die Schifffahrt auf dem Bodensee war ein weiteres Thema, mit dem sich die PKB auseinandersetzte. Durch moderne Technologien kann geholfen werden, Unfälle in der Schifffahrt zu verhindern sowie im Unglücksfall die Suche und Bergung von über Bord gegangenen Personen zu erleichtern. Die Technologie «AIS» (Automatic Identification System) hat sich hierbei international bewährt und AIS-Frequenzen wurden bereits festgelegt. In der Schweiz sind die AIS-Frequenzen für den terrestrischen Landfunk vorgesehen und dürfen daher auf Schweizer Seen einschliesslich dem Bodensee nicht verwendet werden. Die PKB wird sich daher an das

Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) wenden und sich dafür einsetzen, damit von schweizerischer Seite her das Verbot aufgehoben und die notwendige Funkfrequenz baldmöglichst freigegeben wird.

Josef Büchelmeier, Geschäftsführer des Internationalen Städtebunds Bodensee (ISB), machte einige Ausführungen zur Mitgliederversammlung des ISB, die am 29. April 2016 stattfand. Anlässlich dieser Mitgliederversammlung wurde eine spezielle Begegnungs- und Informationsveranstaltung durchgeführt, die sich mit den Themen «Bürgerbeteiligung», «Finanzierung der Gemeinde» sowie «Zivilgesellschaft in der Gemeinde» auseinandersetzte. Im Weiteren informierte der ISB-Geschäftsführer die Anwesenden über die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe «Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-St.Margrethen». Diese traf sich am 6. April 2016 und sprach sich dafür aus, das Thema «Ausweichverkehr» als Teil einer Gesamtkonzeption der Mobilität am Bodensee zu betrachten. An der bereits erwähnten Mitgliederversammlung sollen hierzu entsprechende Beschlüsse gefasst werden.

Ein Thema, mit dem sich die PKB regelmässig befasst, ist der Fischereiertrag am Bodensee und die damit verbundene Problematik des Fisch- und Fischereibestandes des Bodensees. Der Fangertag hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Dies wirkte sich auch auf die Anzahl der Berufsfischer am Bodensee aus. Die PKB liess sich von Beat Baumgartner, Chef des Amtes für Umwelt des Kantons Thurgau, auf den neusten Stand der Massnahmen gegen den sinkenden Fischbestand im Bodensee bringen.